

Deutsche Rundschau

in Polen

früher Ostdeutsche Rundschau
Bromberger Tageblatt

Bezugspreis: Polen und Danzig: In den Ausgabestellen und Filialen monatl. 3.50 zL, mit Zustellgeld 3.80 zL. Bei Postbezug monatl. 3.89 zL, vierteljährlich 11.66 zL. Unter Streifenband monatl. 7.50 zL, Deutschland 2.50 RM. — Einzel-Nr. 25 gr. Sonntags-Nr. 30 gr. Bei höherer Gewalt (Betriebsstörung etc.) hat der Bezugsnehmer Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — Fernruf Nr. 3594 und 3595.

Anzeigenpreis: Polen und Danzig die einseitige Millimeterzeile 15 gr, die Millimeterzeile im Reklameteil 125 gr. Deutschland 10 bzw. 70 Pf., übriges Ausland 50%, Aufschlag. — Bei Platzvorschrift u. schwierigerem Satz 50%, Aufschlag. — Abbestellung von Anzeigen schriftlich erbeten. — Offertengebühr 100 gr. — Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. Postfachadressen: Polen 202157, Danzig 2528, Stettin 1847.

Nr. 155

Bromberg, Mittwoch, den 8. Juli 1936.

60. Jahrg.

Nicht Mut zum Krieg, sondern Mut zum Frieden.

(Von unserem Vertreter in Deutschland.)

Nach Ansicht Berliner politischer Kreise beginnt sich anhand der Genfer Entwicklungen die internationale Lage zu klären. Wenn auch abschließende Entscheidungen noch ausstehen, so seien doch die Tendenzen, nach denen man in den wichtigsten europäischen Hauptstädten die Neuordnung des Kontinents erstrebe, deutlich erkennbar geworden. Zwei Probleme haben sich in scharfen Umrissen herausgeschält. Das eine ist die Deutschland besonders interessierende Frage eines Westpakttes anstelle des alten Locarno-Vertrages, das andere die Völkerbundesreform.

Zum Entschluß des Westpakttes, Ende des Monats eine neue Locarno-Konferenz abzuhalten, wird in Deutschland noch keine Stellung genommen, da noch nicht erkennbar ist, ob und unter welchen Umständen Deutschland zu dieser Konferenz eingeladen werden soll. Es ist in Berlin aufgefallen, daß der Konferenz-Beschluß gefaßt worden ist unbeschadet der Frage, ob Deutschland bis zum Zusammentritt der Konferenz den Fragebogen beantwortet hat oder nicht. Diese Haltung könnte ein Fortschritt insofern sein, als sie eine Anerkennung in sich schließt, daß Deutschland den Fragebogen bisher selbst bei bestem Willen nicht hat beantworten können, weil die übrigen europäischen Großmächte bisher nicht in genügender Klarheit ihre grundsätzlichen Ziele für eine europäische Neuordnung zu erkennen gegeben hatten, und daß die Diskussion über dieses Thema noch soviel Reife verlangt, daß eine unabhängige Erledigung des Locarno-Problems wünschenswert ist. Ob diese optimistische Ausdeutung zutrifft, bleibt abzuwarten. In Berlin ist man eher geneigt, einer anderen Auffassung nachzugehen, daß die Großmächte die Locarno-Konferenz in der Annahme beschlossen haben, daß Deutschland den Fragebogen zunächst nicht beantworten werde, oder wenn die Antwort erfolgt, sie nicht als ausreichend anzuerkennen sei.

Dieser deutsche Verdacht einer solchen Voreingenommenheit, der sachlich als völlig unbegründet bezeichnet wird, liegt um so näher, als im Rahmen der Genfer Vorbesprechungen viel weniger vom Inhalt des neuen Westpakttes die Rede gewesen ist als davon, in welcher Form zwischen England und Frankreich, gegebenenfalls auch mit Italien ein Militärbündnis abgeschlossen werden soll, falls die Verhandlungen mit Deutschland scheitern. Man überieht in Berlin nicht, daß man zwar in Paris und London immer wieder feierlich die Notwendigkeit betont, ein Einvernehmen mit Deutschland zu finden, in der Praxis aber völlig in den Vorstellungen von der Unvermeidbarkeit eines Krieges lebt.

Als Beweis, wie sehr die Vorstellung von einer unmittelbaren Kriegsgefahr die Köpfe beherrscht, wird in Berlin der französische Vorschlag zur Völkerbundesreform angesehen. Der Außenminister Delbos hat seine Vorschläge ausschließlich darauf abgestellt, die Artikel wirkamer zu gestalten, die das Eingreifen des Völkerbundes gegen einen Angreifer betreffen. Er will die Einstimmigkeit beseitigen, die unter Umständen die Zugangsbefugnis der Genfer Maschine verzögern könnte, und will ferner die unmittelbar beteiligten Mächte zu kriegerischen Aktionen verpflichten. Der Begriff der unmittelbar beteiligten Mächte soll in den Regionalpaktten festgelegt werden, wobei man nicht nur an örtlich zusammengehörige Gebiete denkt, sondern jeden Staat einbeziehen will, der irgendwie an einem Gebiet interessiert ist. Nach deutscher Auffassung würde das praktisch die Einbeziehung Frankreichs in alle europäischen Regionalpakte, namentlich des Ostens und des Südens bedeuten. Man hat in Berlin den Eindruck, daß der französische Vorschlag nur daran denkt, den abessinischen Mißerfolg zur Lehre dazu zu benutzen, daß in einem neuen Konfliktfall auch mit Sicherheit ein europäischer Krieg zum Austrag kommt.

In Deutschland steht man grundsätzlich auf einem anderen Standpunkt. Nach deutscher Auffassung sind die Anstrengungen, wie man gegebenenfalls einen Friedensbruch abwenden kann, zum mindesten solange gegenstandslos und vorzeitig, als noch gar kein geordneter Friedenszustand besteht. Entscheidend sei vielmehr die Notwendigkeit, die Revisionsmöglichkeiten des Genfer Statuts auszubauen, um auf friedlichem Wege zu einer europäischen Neuordnung zu kommen, die für alle Völker tragbar ist. In Deutschland setzt man der englisch-französischen Courage zum Kriege bewußt die Courage zu friedlichen Reformen entgegen.

Man hat in Deutschland mit Interesse das Wort des englischen Lord Rothian gehört, daß es für jedes Volk nicht so sehr auf den Frieden als auf die Freiheit ankomme. In Deutschland wird dieses Wort unterstrichen mit der Mahnung, daß es das Ziel der europäischen Kulturvölker sein muß, die Freiheit der Völker nicht durch Kriege, sondern durch friedliche Einvernehmen in Ehre und Gleichberechtigung zu sichern. Adolf Hitler hat dieser Tage auf dem großen Parteitag in Weimar ein kurzes Friedensbekenntnis erneut abgelegt und betont, daß vor dem Wort Friede der Begriff Ehre und unter dem Begriff Frieden der Begriff

Freiheit stehe. Damit sind erneut die beiden Grundlagen der deutschen Außenpolitik angegeben. Man verhehlt in Berlin nicht, daß alles, was zu den Problemen der Genfer Reform, Locarno usw. bekanntgeworden ist, noch weit von der Erfüllung dieser Voraussetzungen entfernt ist. Unbeschadet dessen wird man aber, so wird in Berlin versichert, nicht in den Anstrengungen nachlassen, die Welt von der friedlichen Zielsetzung der deutschen Außenpolitik und von der Wichtigkeit der vorgeschlagenen Wege zu überzeugen und unermüdlich am Werk des Friedens als vorranglichem Ziel zu arbeiten. In diesem Geist steht auch die Arbeit am englischen Fragebogen.

Die Dinge sind in Fluß . . .

London, 7. Juli. (PAZ) Die „Times“ schreiben, daß die kommende Diskussion über die Reform des Völkerbundes im starken Maße von dem Zusammentreffen der Locarno-Mächte Ende Juli abhängen werde. Die Vorschläge für die Anwendung der Grundsätze des Völkerbundes erbfahren nach Ansicht des Blattes solange jeder Bedeutung, solange einige der stärksten Mächte der Welt außerhalb des Völkerbundes bleiben. Daher kann eine Versammlung und die Aussprache mit solchen Teilnehmern sehr gewichtige Folgen haben, jedenfalls gewichtiger als lange Diskussionen in Genf.

Die Meerengen-Konferenz von Montreux.

Die Meerengen-Konferenz von Montreux ist nach zehntägiger Unterbrechung am Montag wieder zu einer Vollziehung zusammengetreten. Nachdem der rumänische Delegierte Cotzescu als Vorsitzender des technischen Ausschusses über die in der Zwischenzeit geleistete Arbeit berichtet hatte, teilte der Präsident mit, daß die englische Abordnung einen Abkommens-Entwurf zur Abänderung des türkischen Entwurfes vom 22. Juni eingereicht habe.

Diese englische Neufassung hat vor allem hinsichtlich des Durchfahrtsrechtes der Kriegsschiffe und des Kräfteverhältnisses der Flotten Bedeutung. Danach soll die internationale Meerengen-Kommission zur Überwachung der neuen Durchfahrtsbestimmungen beibehalten werden. Die Durchfahrt von Kriegsschiffen mit Ausnahme der Unterseeboote soll nach Artikel 9 des englischen Gegenentwurfes für alle Länder, ob sie Uferstaaten des Schwarzen Meeres oder nicht, vollständig frei sein. Der englische Entwurf stellt für die Durchfahrt durch die Dardanellen und für den Aufenthalt fremder Kriegsschiffe im Schwarzen Meer je eine besondere Höchstgrenze auf. Allgemein ist vorgesehen, daß der Aufenthalt fremder Kriegsschiffe im Schwarzen Meer sich nicht über einen Monat hinaus erstrecken soll.

Der englische Delegierte, Lord Stanley, erklärte zu dem neuen englischen Entwurf, daß dieser englische Entwurf keinen neuen Vorschlag bedeute. Er sei das Ergebnis einer Umgestaltung des türkischen Abkommens-Entwurfes unter Berücksichtigung der Punkte, über die auf der Konferenz

eine vorläufige Einigung erzielt worden sei. Die Konferenz beschloß nach längerem Meinungsaustausch, den Text im Zusammenhang mit dem türkischen Entwurf zu prüfen.

Darauf wurden die Artikel 1-6, die sich auf die auch früher unbestritten gewesene Frage der Durchfahrt der Handelsschiffe in Friedenszeiten beziehen, durchgesprochen und im wesentlichen angenommen. Die nächste Sitzung der Konferenz findet am Dienstag vormittag statt.

Eine Meinungsverschiedenheit, die unter den Konferenzteilnehmern zutage getreten ist, aber in der Montagitzung noch keine Rolle gespielt hat, bezieht sich auf die Umstände, unter denen eine Neuregelung in Kraft treten soll. Nach türkischer Auffassung würde die Zustimmung der gegenwärtig auf der Konferenz vertretenen Mächte genügen, während die englische Abordnung — und das ist politisch außerordentlich interessant — auf die Beteiligung Italiens Wert legt.

Bezüglich einer Teilnahme Italiens an den Arbeiten der Meerengen-Konferenz wurde am Montagabend bekannt, daß die italienische Regierung beschlossen habe, keine Abordnung nach Montreux zu entsenden. Obwohl ein Grund für diese Absage offiziell nicht angegeben wurde, nimmt man doch an, daß sie auf das Fortbestehen der von England mit dem Mittelmeerländern abgeschlossenen Hilfeleistungs-Abkommen zurückzuführen sei.

Präsident Greiser wieder in Danzig.

Zubehnder Empfang.

Danzig, 7. Juli. (Eigenbericht) Die Danziger Delegation für Genf bestehend aus dem Präsidenten des Senats Greiser, Senator Baker, Staatsrat Voettcher und Landgerichtsrat Wohler ist am Montag vormittag um 8 Uhr mit dem schiffplanmäßigen Zuge nach Danzig zurückgekehrt. Obwohl die Ankunft der Delegation nicht bekanntgegeben war, ist die Bevölkerung doch irgendwie aufmerksam geworden, weil Mitglieder der Regierung auf den Bahnsteig gingen. Es sammelte sich dann schnell eine große Menschenmenge vor dem Bahnhof, die den Präsidenten Greiser, als er heraustrat, mit jubelnden Heilrufen begrüßte. Immer wieder wurden dem Präsidenten Huldigungen dargebracht, und schließlich ergriff der Präsident das Wort, um für die Vertrauensumgebung zu danken. Er sagte, er habe diesmal in Genf seinem Herzen Luft gemacht und er hoffe bald in Danzig zur Danziger Bevölkerung sprechen zu können. Der Präsident fuhr dann stehend, umjubelt von der Menge, zu seiner Wohnung nach Oliva, wo ihm sehr bald eine SS-Kapelle ein Ständchen darbrachte.

Unterhans-Anfragen

über die Lage in Danzig.

London, 6. Juli. (DNB) Auf verschiedene an Außenminister Eden wegen der Lage in Danzig im Unterhaus gestellte Fragen, die zum Teil wissen wollten, ob irgendwelche „revolutionäre Schritte“ von der nationalsozialistischen Partei Danzigs ergriffen worden wären, beschränkte sich Eden auf die Feststellung, daß der Bericht des Danziger Oberkommissars vom 30. Juni am 4. Juli vom Völkerbund behandelt worden sei, und daß der Berichtertatter zwei Gehilfen in Gestalt von Vertretern Frankreichs und Portugals zur Unterstützung seiner Aufgabe erhalten habe.

Der konservative Abgeordnete Sandys fragte den Außenminister, ob es nicht für zweckmäßig halte, eine Volksabstimmung beim Völkerbund vorzuschlagen, um die Wünsche der Bevölkerung Danzigs in bezug auf ihren künftigen Status festzustellen. Eden erwiderte, daß die Angelegenheit vertragsmäßig geregelt sei, und daß die beiden hauptbetroffenen Mächte Polen und Deutschland seien. Auf eine Frage Daltons bestätigte Eden sodann, daß er in enger Verbindung mit der polnischen Regierung in dieser Frage handle.

Die Rolle Polens

bei der Lösung der Danziger Krise

Wie die Aufgabe, die Polen zur diplomatischen Schlichtung der Danziger Streitfrage zu lösen hat, in polnischer Auffassung dargestellt wird, geht am besten aus dem Bericht des Genfer Korrespondenten der dem polnischen Außenminister nahestehenden „Gazeta Polska“ hervor. Der Genfer Korrespondent dieses für die polnische Außenpolitik noch immer maßgeblichen Regierungsblattes schreibt u. a.:

„Aus der Erklärung des polnischen Außenministers geht hervor, daß Polen seine internationale Hypothek gegenüber Danzig natürlich auf keinen Fall aufgeben wird, und daß die polnischen Rechte nicht angetastet werden dürfen. Der klare polnische Standpunkt erfordert es außerdem, den Willen und die Rechte des hohen Völkerbundeskommissars in Danzig zu achten. Auf dieser Grundlage werden in Kürze Verhandlungen beginnen, da Polen durch die Resolution des Völkerbundes die Vermittlerrolle übertragen wurde, die sich aus den Pakt-Bestimmungen ergibt.“

„Wir treten an diese diplomatische Arbeit mit großer Ruhe heran, indem wir uns dabei vor Augen halten, daß zwei Faktoren, die das Danziger Problem zu breitgetreten haben, auf dem Genfer Gebiet für uns vollständig fremd sind. Der eine von ihnen ist nach der richtigen Bemerkung Edens die allgemeine politische Konstellation, die von Ereignissen verursacht wird, die an sich nichts Gemeinsames mit dem Statut der Oksce haben. Der zweite Faktor ist der innere deutsche, der rein nationalsozialistische, der für die augenblickliche deutsche Struktur sicher sehr wichtig ist, die aber Genf und somit auch Polen, das vom Völkerbundrat beauftragt worden ist, in seinen ruhigen Erwägungen nicht in Betracht ziehen dürfen.“

Für das heutige Reich, für die deutsche Struktur, stellt die Danziger Opposition, die frei unter der Firma des Völkerbundes zur Sprache kommen darf, angeblich eine gefährliche Provokation dar, einen Unruheherd, der durch staatsfeindliche oder systemfeindliche Faktoren propagandistisch ausgenutzt wird. Viel wird jetzt darüber in Genf gesprochen. Unsere Antwort besteht darin, daß sich Polen in einen derartigen Streit aus eigenen staatlichen Interessen, die im übrigen vollständig mit der ihm übertragenen Rolle des Völkerbundes im Einklang stehen, nicht hineinziehen läßt. Auf diesem einheimischen Hintergrund, also nicht auf internationalem, hat sich am Sonnabend eine allgemeine Nervosität der Danziger Delegation breit gemacht, die teils

weise der Ermüdung durch den langen Flug und dem Verhalten einzelner Vertreter der deutschen Delegation zuzuschreiben ist. Die in Genf anwesenden Delegationen pflichten dem übereinstimmend bei, und zwar mit einer Bezeugung der Höflichkeit an unsere Adresse, daß Polen in diesem „Skandal“ — es ist schwerlich eine andere Bezeichnung zu gebrauchen — die Rolle einer rettenden Bremse gespielt hat. Dem Völkerbund ist es geglückt, sich nicht in innerdeutsche Angelegenheiten zu mischen, die man auf internationales Gebiet tragen wollte. Weder der Völkerbund noch Polen dürfen sich in derartige Streitigkeiten hineinziehen lassen. Dank der Ruhe, der Würde und der lakonischen Energie des polnischen Ministers schloß die außerordentliche Genfer Session in entsprechender und würdiger Form.

Unbegründete Angst.

Ein Leitartikel des oppositionellen, im nationalisierlichen Fahrwasser segelnden „Kurjer Warszawski“ versucht die zukünftige Gestaltung der Danziger Frage mit dem Problem des polnischen Zugangs zum Meer zu verbinden. Es treten dabei Phantastereien zutage, die teilweise der Auffassung eines großen Teils der polnischen Öffentlichkeit entgegenkommen. In dem Artikel heißt es u. a.:

„Greiser hat auf internationalem Boden einen formellen offenen und unzweideutigen Angriff auf einen Teil des Versailler Vertrages, der Danzig betrifft und gleichzeitig die lebensnotwendigen Interessen Polens streift, unternommen. Er hat in Genf nicht hinter dem Berge zurückgehalten, er nannte sein Auftreten einen „ersten Angriff“. Er wagte dabei zu erklären, daß er im Namen des ganzen deutschen Volkes spreche. Wer hätte wohl daran irgendwelche Zweifel gehegt? Wer begreift nicht, daß die Aktion Greisers nicht nur aus einer Gefühlsharmonie mit Berlin hervorgeht, sondern sogar ein gemeinsames mit Berlin und mit Vorbedacht aufgestelltes Plan ist, dessen Prolog nur die bekannte Affäre mit dem Kreuzer „Leipzig“ war? Greiser ist nur der Ausführende des Berliner Programms.

„Und welches ist dieses Programm?“

„Eines der für Polen bedeutendsten Beschlüsse des Versailler Vertrages war die Zusicherung des freien Zugangs zum Meere durch den nationalpolitischen Fluß, die Weichsel. Aus diesem Grunde sollte Danzig — was logisch und wirklich politisch ist — Polen einverleibt werden. (Zum Tatsächlichen: Am Unterlauf der Weichsel wohnen zu 80—90 Prozent, im Mündungsgebiet sogar 98 Prozent Deutsche (D. R.). Da aber im Endergebnis alles anders wurde, so entstand die Freie Stadt Danzig, die „unter den Schutz des Völkerbundes“ gegeben wurde, wobei Polen das bekannte Minimum von Zoll-, Hafen-, Verkehrs- und staatsbürgerlichen Vorrechten eingeräumt und gleichzeitig die Oberhoheit „der Außenpolitik des Freistaates“ übertragen wurde.“

Greiser, als der Wortsprecher Berlins, teilt also mit, daß Deutschland die Änderung dieses Zustandes erstreben wird. Die Änderung soll in der Entfernung des Völkerbunds und Kommissars liegen und darin, daß Danzig in Föde-à-föde mit Polen bleibt. Die Danziger Bevölkerung, so sagte Greiser, will nicht für immer mit dem Völkerbund verbunden sein. Indem er dieses beständige Bestreben Deutschlands zur „Revision des Rechtszustandes“ zwischen Danzig und dem Völkerbunde ankündigt, schlägt er zunächst vor: einen neuen Völkerbundkommissar zu berufen, der sich in innere Danziger Angelegenheiten nicht einmischet, oder überhaupt dieses Amt abzuschaffen. Mit anderen Worten: es geht ihm darum, die volle Oberhoheit des Reichs in Danzig wieder einzuführen. Dann würde Polen, für welches der Senatspräsident in Genf zunächst noch höfliche Worte übrig hatte, keine Rechte und Vorrechte mehr haben, die durch den Versailler Vertrag garantiert werden und formell die Danziger Verwaltung verpflichten. Dann hätte Polen es nur mit Deutschland zu tun, dann hätte es nur mit der deutschen Auffassung über die Weichselmündung und mit der deutschen Überzeugung, daß Deutschland Polen Bedingungen diktieren könnte, zu schaffen. Polen müßte mit dem stets steigenden deutschen Gefühl rechnen, daß Deutschland, indem es eine Bestimmung des Versailler Vertrages nach der anderen untergräbt, auf bestem Wege zum endgültigen Ziele sei.

Dadurch wäre Danzig nur eine Etappe.“

Der Angsttraum des „Kurjer Warszawski“ ist ganz und gar unbegründet. Wenn Deutschland den Danziger Freistaat mit seinem heute noch zu 97 Prozent deutschen Bevölkerung wieder zurücknehmen wollte, dann würde es nicht vorher durch Herrn Greisers Auftreten den Polen ein besonderes Mandat in der Danziger Frage verschaffen. Außerdem ist auf Schritt und Tritt zu erkennen, welchen Wert die Regierung des Dritten Reichs der Verhängung mit der Polnischen Republik beimißt, und endlich weiß man in Danzig und im Reich, daß

Generalkonjul Koch †.

Der Doyen des Konsularkorps in Danzig

Am Sonntag früh gegen 7 Uhr ist in seinem Zoppoter Hause der langjährige Doyen des Danziger Konsularkorps, der kgl. dänische Generalkonjul Harald Koch nach schwerem Leiden gestorben. Generalkonjul Koch war erst kürzlich von einer Reise nach Dänemark zurückgekehrt, erkrankte dann plötzlich und erlag binnen kurzem einem schweren, inneren Leiden. Er hat ein Alter von 58 Jahren erreicht.

Der Verstorbene, der in Kopenhagen geboren war, hatte am 6. Januar 1922 das Amt eines dänischen Generalkonjuls in Danzig angetreten, nachdem er vorher im Ministerium in Kopenhagen tätig gewesen war. Seit dem Jahre 1923 war er Präsident des Schiedsgerichts für den Durchgangsverkehr zwischen Deutschland und Polen durch Danzig.

In seiner Eigenschaft als Doyen des Konsularkorps ist Generalkonjul Koch im Verlaufe seines langjährigen Wirkens in Danzig ständig in der Öffentlichkeit hervorgetreten und weitesten Kreisen bekannt geworden. Sehr geschätzt wurde er als Kunstinteressent; es ist bekannt, daß er zahlreiche Künstler in sein stets gastliches Haus zog, und daß er namentlich der Zoppoter Waldoper von jeher ein besonders starkes Interesse widmete.

die Freie Stadt Danzig naturgemäß an ihr Hinterland gebunden ist.

Herr Greiser hat dies alles in seinen ausgesprochen polenfreundlichen Äußerungen im Völkerbundrat betont oder angedeutet. Der „Kurjer Warszawski“ greift also seine Traumbilder aus der überhitzten Sommerluft.

Der „Warszawski Dziennik Narodowy“, das führende nationaldemokratische Blatt Polens, bemerkt in einem Artikel unter der Überschrift „Danzig, der Völkerbund und Polen“: „Wenn es eine Änderung in der staatsrechtlichen Lage Danzigs geben soll, dann nur in der Richtung der Rückkehr zur ursprünglichen Konzeption, also zur Einverleibung Danzigs in Polen.“

Das Warschauer Blatt hat also nicht nur Phantasie, sondern auch sichtbaren Appetit! Man stelle dem gegenüber die kluge und bestimmte Haltung des Herrn Außenministers Bed, und man weiß, wer das außenpolitische Regiment verdient!

Was nun?

Kleine Anfragen Jarzels an Greiser

Wie das DW meldet, hatte während des Rückfluges von Genf Senatspräsident Greiser mit dem Danziger Vertreter des „Völkischen Beobachters“, Jarzels, eine Unterredung, in der auf Fragen eingegangen wurde, die nach dem Verlauf der Genfer Ratstagung im Zusammenhang mit dem Auftreten Greisers aufgeworfen worden sind.

Frage: Ein Teil der Auslandspresse hat in bewusster Verkenntnis der Zusammenhänge Ihrer Rede, in Genf Mutmaßungen vorgebracht, als ob zwecks Beseitigung des Danziger Statuts eine gewaltsame Aktion geplant sei. Sind sie in der Lage, hierzu eine Erklärung abzugeben?

Antwort: Mir ist diese Stimmungsmache in Genf bekannt geworden. Ich bin sogar zu meiner größten Überraschung während meines kurzen dortigen Aufenthalts mehrere Male von englischen Zeitungen aus London angerufen worden, welche von mir die Bestätigung haben wollten, daß 6000 reichsdeutsche Soldaten in der Nacht zum Sonntag in Danzig einmarschieren würden.

Ich habe über diese Erfindungen gelacht, weil ich wußte, daß man in Genf aus Gründen der Ablenkung Sensationen gebraucht. Mein Auftreten in Genf entsprach dem Anlaß, auf Aufforderung des Völkerbunds Danzigs Interessen dort zu vertreten. Vor meiner Abreise wußte ich noch gar nicht, wie der Inhalt des Berichts ausfiel, zu dem ich dann Stellung genommen habe.

Frage: Werden Sie auf Revision des bisherigen Verhältnisses Danzigs zum Völkerbund bestehen?

Antwort: Nachdem durch die Tätigkeit des jetzigen Kommissars, welcher weiter nichts tat, als zu versuchen, sich in die innere Politik eines souveränen Staates einzumischen, sich ein unerträgliches Zustand entwickelt hat, werde ich mich dafür einsetzen, daß dieser nicht nur mit zeitlicher Begrenzung, sondern für alle Zeit überwunden wird.

Frage: Wird Danzig künftig an einer Diskussion im Völkerbund teilnehmen und auf Aufforderung erscheinen, wenn in Genf innerpolitische Danziger Vorgänge behandelt werden sollten?

Antwort: Sollten in Zukunft noch einmal rein innerpolitische Vorgänge vor dem Forum des Völkerbundes erörtert werden, so wird die Freie Stadt Danzig es ablehnen, an einer solchen Diskussion teilzunehmen. Bei allen anderen Angelegenheiten, die die Freie Stadt interessieren, wird sie jede Möglichkeit wahrnehmen, eingeschaltet zu werden.

Frage: Glauben Sie, daß ein abgeändertes Verhältnis Danzigs zum Völkerbund Störungsmomente für die deutsch-polnischen Beziehungen enthalten könnte?

Antwort: Ich befürchte das keineswegs, sondern bin im Gegenteil fest davon überzeugt, daß Danzig dann einen noch größeren Beitrag als bisher zu leisten imstande sein wird, das gute deutsch-polnische Verhältnis zu befestigen.

Eden hat Genf verlassen.

Außenminister Eden ist am Sonntag nachmittag mit dem Flugzeug aus Genf nach London abgereist. Nach seiner Landung begab er sich sofort ins Foreign Office in der Downing Street. Am Montag erstattete Minister Eden dem Ministerpräsidenten Baldwin Bericht über den Verlauf der Ratstagung. Am Montagabend fand eine außerordentliche Kabinettsitzung statt.

Der diplomatische Korrespondent der englischen Wochenzeitschrift „Sunday Dispatch“, das der Rothermere-Gruppe angehört, stellt fest, daß die deutsche Antwort auf den englischen Fragebogen in Kürze erfolgen dürfte. Diesem Korrespondenten zufolge wird die deutsche Antwort feststellen, daß die Wiederbesetzung des Rheinlandes nach deutscher Auffassung noch nicht die volle Gleichberechtigung Deutschlands im Völkerleben wiederherstelle. Deutschland werde freie Hand in Ostropa, in Österreich und die Rückgabe der deutschen Kolonien fordern.

„Am Sterbelager des Völkerbundes.“

Der Genfer Sonderberichterstatter des „Paris Midi“ legt seinem Bericht über den Verlauf der letzten Völkerbundtagung das Bild einer Krankenstube zugrunde: Am Bett eines Sterbenden sind die Verwandten versammelt, die da sagen: „Er wird wieder gesund, er sieht glänzend aus.“ Sodann aber zerstreuen sie sich und verhandeln ihre kleinen Geschäfte, fragen sich, wie man den Haushalt ins Gleichgewicht bringen könnte und wo sie ihre Ferien verleben würden. Der Kranke, an dessen Lager sie soeben versammelt waren, zählt gar nicht mehr in ihren Plänen mit. Er ist bereits aus ihrem gemeinsamen Leben ausgeschieden.

Der Sonderberichterstatter fährt fort: Die 50 von der Sanktionskrankheit angefallenen Nationen denken an nichts anderes mehr, als ihre eigenen Interessen zu retten. Jeder Redner habe stets zwar von der „Abtötung der Völkerbundtagungen“ und von der „Wiederaufrichtung des internationalen Gesetzes“ gesprochen, aber sonst hielten sie wieder in ihre Geplagtheit zurück und dachten: „Der Krieg bricht vielleicht schon morgen aus, wir müssen uns da herausziehen!“ Jede Nation denke also nur an sich selbst.

Auf die Rede Leon Blums vor dem Völkerbund zurückkommend, in der der französische Ministerpräsident erklärt hatte, es dürfe keine Hierarchie geben und es gebe

auch keine, also keine Wertabstufung zwischen den einzelnen Völkerbundmitgliedstaaten, stellt der „Paris Midi“-Berichterstatter fest, daß der Völkerbund stets eine Hierarchie gehabt habe. Die kleinen Länder hätten Vertrauen zu den großen, sie stützten sich auf sie und folgten ihnen. Noch im Oktober v. J. hätten sie Vertrauen gehabt, doch jetzt seien sie über die Tatkraft ihrer Führerstaaten ins rechte Licht gesetzt und beschuldigten Frankreich und Großbritannien der Überheblichkeit und der Unfähigkeit.

„Vae victis“.

(„Wehe den Besiegten!“)

Der Genfer Korrespondent des „Kurjer Warszawski“ gibt seinem Blatt folgende Schilderung über die Atmosphäre in Genf:

Seit 17 Jahren seines Bestehens, so schreibt der Korrespondent, hat der Völkerbund wohl keinen derart „schwarzen Tag“ erlebt wie am Sonntagabend.

In der abessinischen Frage hätte die rechtsmäßige Beschlußfassung der Resolution die Einstimmigkeit aller Völkerbundmitglieder erfordert. Aus diesem Grunde hat man nicht eine „Resolution“, sondern nur einen „Wunsch“ beschlossen, da die Beschlußfassung über einen solchen Wunsch keiner Einstimmigkeit aller Völkerbundmitglieder bedarf. Daher ist der verzweifelte Appell des Vertreters Abessiniens und sein ebenso verzweifelter Aufruf ohne Widerhall geblieben.

Es gab in der Sitzung nur einen einzigen mutigen Mann, der sich nicht fürchtete, die Engherzigkeit des Völkerbundes als eine unwürdige Komödie zu brandmarken. Es war der Vertreter Panamas mit Namen Galileo Solis. Als er von der Tribüne Worte härtester Wahrheit sagte, mögen vielleicht diese Worte einen starken Widerhall in diesem oder jenem Gewissen gefunden haben.

Hailé Selassie wieder in England.

Aus London meldet DW: Der Negus ist am Montag nach England zurückgekehrt.

London, 7. Juli. (PA) Die Abessinische Gesandtschaft in London hat einen Antrag zur Sammlung von zwei Millionen Pfund Sterling für die Regierung in Westabessinien erlassen.

Blutige Ausschreitungen in Paris.

Am Sonntagabend veranstalteten Mitglieder der aufgelösten rechtsstehenden Verbände mit der neuen „Französischen Sozialpartei“ (früher Generalkreuzler) an der Spitze zusammen mit den Camelots du Roi eine große Demonstration auf dem Champs Elysées. Die Demonstration nahm einen blutigen Verlauf.

Nach amtlichen Angaben sind drei Polizeibeamte in Spitalbehandlung; ferner sind zwei Polizeikommissare und 28 Mitglieder der städtischen Polizei verletzt, ferner neun Demonstranten; bisher sind 16 Verhaftungen gemeldet.

Die Presse der Linken beantwortet die Demonstration mit sehr scharfen Artikeln. Sie schreibt, daß diese Demonstration eine Art von Generalprobe für neue Demonstrationen am Tage des Nationalfestes sei. Der Beweis sei geliefert, daß die „Verbände des Bürgerkrieges“ fortbestehen, so meint der sozialistische „Populaire“.

Polizeikette wird gesprengt.

Über die Vorfälle gibt EP folgenden Bericht: Nach Rundgebung am Grabe des Unbekannten Soldaten unter dem Triumphbogen sollte der Demonstrationenzug die Champs Elysées hinauf bis zum Concordeplatz, dem Schauplatz der Februar-Revolution von 1934, führen. Der Verkehr auf der Avenue wurde vollständig lahmgelegt. Auf den Bürgersteigen sammelte sich eine gewaltige Menschenmenge an, die mit in die Rufe und Gefänge der Mitglieder der aufgelösten Verbände einstimme. Mittlerweile hatte die Polizei eine Absperrungskette gezogen, auf die der Zug aufprallte. Es entspann sich ein Handgemenge. Nach etwa anderthalbstündigem Kampf wurde die Polizeikette von den Kundgebern, die von den Terrassen der nahegelegenen Kaffeehäuser Wasserflaschen, Gläser, Tische und Stühle entwendet hatten, um sie als Wurfgeschosse gegen die Beamten zu verwenden, eingedrückt.

Neuer Rekordflug

des L.3. „Hindenburg.“

Lakehurst-Frankfurt a. M. in 45 1/2 Stunden.

Das Luftschiff „Hindenburg“, das Lakehurst am 4. Juli um 3,41 Uhr MEZ verlassen hatte, landete bereits am 6. Juli um 1,20 Uhr auf dem Luftschiffhafen in Frankfurt a. M.

Damit stellte das Luftschiff einen neuen Rekord für die Nordamerikaroute in beiden Richtungen auf. Denn es benötigte für die Rückreise von Nordamerika nur 45 Stunden und 39 Minuten.

Die Überquerung des Nordatlantik von der amerikanischen bis zur irischen Küste beanspruchte nur 18 Stunden und 46 Minuten. Auch die Hinreise bedeutete mit 49 Stunden und 54 Minuten für die Strecke Frankfurt—New York einen neuen Rekord. Auf der Reise nach Amerika erreichte das Luftschiff am 1. Juli mit 315 Stundenkilometern seine größte bisher erreichte Geschwindigkeit. Die vierte Nordamerikafahrt des Luftschiffes „Hindenburg“ dauerte von Frankfurt bis Frankfurt einschließlich zweier Diegetage in Lakehurst 5 Tage, 19 Stunden und 51 Minuten. Die bisherige Rekordzeit des „Hindenburg“ betrug 49 Stunden und 03 Minuten und wurde auf der ersten Rückfahrt von Nordamerika nach Frankfurt a. M. erzielt.

An Bord des Luftschiffes befanden sich außer der 50 köpfigen Besatzung 54 Fahrgäste sowie größere Mengen an Post, Fracht und Gepäck.

Verbot der Zeitschrift „Deutsche Volkskirche“.

Wie aus Berlin gemeldet wird, ist die Zeitschrift des bekannten Schriftstellers über Festtagen Dr. Artur Dinter, „Deutsche Volkskirche“ verboten worden. Die „Deutsche Volkskirche“ war das Organ einer gleichnamigen religiösen Gemeinschaft, die sich zum Christentum bekennt, aber die arische Abstammung von Jesus Christus betont und das Alte Testament ablehnt.

Wasserstand der Weichsel vom 7. Juli 1936.

Aratau — 2,88 (— 2,69). Zamichost + 1,61 (+ 1,34). Warschau + 0,78 (+ 0,79). Bloct + 0,59 (+ 0,62). Thorn + 0,56 (+ 0,62). Jordan + 0,60 (+ 0,61). Culm + 0,44 (+ 0,48). Graudenz + 0,62 (+ 0,64). Kurzebrat + 0,76 (+ 0,81). Bietel + 0,04 (+ 0,08). Dirchan + 0,04 (+ 0,00). Einlage + 2,16 (+ 2,14). Schiemenhort + 2,44 (+ 2,38). (In Klammern die Weibung des Boottages.)

Statt 3000 zł — 300 zł Strafe.

Nachlänge der Hallertagung.

Vor dem Bezirksgericht als Berufungsinstanz hatte sich der Vorsitzende der Bromberger Ortsgruppe des Haller-Bundes, Stanislaw Palaszewski, zu verantworten. Aus Anlaß der am 10. Mai d. J. stattgefundenen großen Tagung der ehemaligen Mitglieder der Haller-Armee, hatte auch u. a. Palaszewski eine Rede gehalten, wofür er später vom Verwaltungsgericht wegen Übertretung des Programms der Festveranstaltung zur Verantwortung gezogen wurde. Dem Vorsitzenden Palaszewski wurde auch der Vorwurf gemacht, daß er mehr Redner zum Sprechen zugelassen habe, als vorher amtlich gemeldet waren, und daß er außerdem geduldet habe, daß ein Redner beim Darbringen der Glückwünsche über das politisch zulässige Maß hinausgegangen ist.

Palaszewski wurde deswegen vom Verwaltungsgericht der Burgstaroste zu einer Geldstrafe von 3000 Zloty, oder drei Monate Haft verurteilt.

Gegen dieses Urteil hat P. Berufung eingelegt. Das Bezirksgericht setzte nun die Geldstrafe von 3000 Zloty auf 300 Zloty herab.

Aus Stadt und Land.

Der Nachdruck sämtlicher Original-Artikel ist nur mit ausdrücklicher Anabe der Quelle gestattet. — Allen unseren Mitarbeitern wird strenge Verschwiegenheit angeschlossen.

Bromberg, 7. Juli.

Bewölkt.

Die deutschen Wetterstationen künden für unser Gebiet vorwiegend trockenes Wetter, bei bewölktem Himmel an.

Jagdkalender.

Laut Verordnung des Ministers für Landwirtschaft vom 22. Juni 1936 (Dz. U. R. P. Nr. 49, Postion 355) sind wichtige Änderungen der Schonzeiten für die Wajewodschaften Posen und Pommerellen bekanntgegeben.

1. Die für das vorige Jahr vom 16. Juli bis 15. August festgesetzte Schonzeit für Bocke ist laut obiger Verordnung für dieses Jahr aufgehoben und gilt diese Verordnung bis 31. Dezember 1938. Es dürfen also Bocke durchgehend bis 30. September geschossen werden.

2. Ferner wird laut obiger Verordnung die Hasenjagd vom 16. Oktober bis 14. Januar festgesetzt.

3. Erpel und Enten sowie anderes Wasservild dürfen laut obiger Verordnung nur vom 16. Juli bis 30. November geschossen werden.

Es gelten also bis zum 31. Dezember 1938 folgende Schonzeiten: Rothirsche vom 1. September bis 31. Oktober, Tiere und Kälber vom 1. Dezember bis 28. Februar, Damhirsche vom 16. Oktober bis 30. November, Tiere und Kälber vom 1. Januar bis 28. Februar, Rehbocke vom 1. Juni bis 30. September, Riden und Risse vom 1. Januar bis 15. März, Hasen vom 16. Oktober bis 14. Januar, Fasanen, Gähne, vom 16. Oktober bis 28. Februar, Erpel, Enten und anderes Wasservild vom 16. Juli bis 30. November, Rehbühner vom 1. September bis 30. November, Schwarzwild vom 1. Juli bis 28. Februar.

§ Das Postamt I teilt mit, daß in Übereinstimmung mit der Verfügung der Post- und Telegraphendirektion die Radio-Abteilung mit dem 30. Juni dem Postamt I zugeteilt wurde. Dort ist die Abteilung für Interessenten von 8 bis 12 und von 14 bis 18 Uhr am Schalter 2 erreichbar.

§ Der katholische Kaufmännische Verein veranstaltete am Sonntag einen Ausflug für seine Mitglieder und geladenen Gäste nach Plötenau (Platnowice). Während die geschmückten und bis auf den letzten Platz besetzten Leiterwagen um 8 Uhr vom Fischmarkt abfuhren, setzte sich die aus 35 Rädern bestehende Radfahrgruppe vom Schützenhaus in Bewegung. Jung und alt verbrachte im Walde bei fröhlichem Spiel die Zeit und selbst der eintretende kurze Regen vermochte keineswegs die ausgelassene Fröhlichkeit zu beeinträchtigen. Nur allzu schnell verfloßen die schönen Stunden, die allen Teilnehmern noch lange in Erinnerung bleiben werden. Zu erwähnen sei noch, daß bereits zwei solcher schönen Fahrten ins Grüne und zwar nach dem Borower See und dem idyllisch gelegenen See Dziala bei Grono stattgefunden haben.

§ Ein Schadenfeuer entstand infolge unvorsichtigen Umgehens mit einer Stallaterne in dem Dorfe Polmar, Kreis Schubin, bei dem Landwirt Petras. Die dort beschäftigte 43jährige Franciszka Kosmat war mit der Stallaterne, mit der sie sich in den Stall begab, unvorsichtig umgegangen, so daß ein Brand ausbrach, wobei der Stall sowie verschiedenes lebendes Inventar vernichtet wurden. Die K. mußte sich jetzt wegen fahrlässiger Brandstiftung vor dem hiesigen Bürgergericht verantworten, das die Angeklagte nach durchgeführter Verhandlung zu zwei Monaten Arrest mit zweijährigem Strafaufschub verurteilte.

§ Wie weit die Freiheit der Diebe heutzutage geht, beweist ein Fall, der sich am Sonnabend auf der Danziger Straße ereignete. Die genannte Straße ging der 19-jährige Schuhmachergehilfe Edmund Czerwiński mit seinem Freunde entlang, als sie von einem etwa 18jährigen Burtschen angesprochen wurden, der sie um ein Almosen bat. Er behauptete, schon den ganzen Tag nichts gegessen zu haben und bat wenigstens um eine Zigarette. Aber da die jungen Leute diese nicht hatten und der Bettler die Hand des Czerwiński umklammert hielt und inständig bat, erhielt er von diesem 20 Groschen. Nach einiger Zeit mußte aber Cz. die Feststellung machen, daß der Bettler ihn während der Zeit, in der er ihm die Hand drückte, die Armbanduhr gestohlen hatte. Es gelang, den Täter noch zu erwischen und der Polizei zu übergeben. Selbstverständlich leugnete er, den Diebstahl ausgeführt zu haben.

§ Vorsicht vor Dieben ist besonders auf den Wochenmärkten anzuraten. Es vergeht fast kein Markttag, an dem nicht der Polizei Taschendiebstähle gemeldet werden. So wurde letztes der Frau Helene Wiedal ein Geldtäschchen mit 5 Zloty entwendet, dem Lorenzstraße (Sienradzka) 35 wohnhaften Günther Kordian eine Brieftasche mit 55 Zloty gestohlen. Im letzteren Falle wurde der Diebstahl bemerkt und eine Verfolgung aufgenommen. Hierbei konnte eine Frau, die das Geld von dem Diebe an sich genommen hatte und eiligt über Körbe und Marktstände hinweg floh, gefaßt und der Polizei übergeben werden.

§ Überfahren wurde am Sonnabend der 16jährige Piotr Kulczyński durch ein Personenauto aus Schulin. Er wurde mit Kopfverletzungen in das Städtische Krankenhaus eingeliefert. — Der Vermittler Michael Malcz, Danzigerstraße 46, wurde von einem Fuhrwerk angefahren und erlitt leichte Verletzungen.

§ Fahrraddiebstähle. Dorst Krüger, Bleichfelderstraße (Chodkiewicz) 22, wurde ein Fahrrad gestohlen, das er vor dem Hause Bahnhofsstraße (Dworcowa) 9 stehen gelassen hatte. — Stefan Siobla, Schillerstraße (Paderewskiej) 2 wurde ebenfalls ein Fahrrad entwendet. — Einbrecher stahlen dem Leon Walczak, Karłowiczstr. 8, ein Fahrrad aus dem Stall.

§ Seinen Arbeitskameraden bestohlen hatte der 17jährige Druckerlehrling Maksymilian Rogowski von hier. R. hatte im März d. J. aus der Manteltasche des Stanislaw Frede ein Postsparsassenbuch und eine Invalidentarte entwendet. Mit dem gestohlenen Postsparsassenbuch begab er sich zum Postamt II und versuchte von dem Konto, das auf 96 Zloty lautete, 32 Zloty abzuheben. Er erhielt jedoch von dem Schalterbeamten den Bescheid, daß der Sparbuchinhaber persönlich nach dem Gelde kommen sollte. Am nächsten Tage erschien R. abermals auf dem Postamt, wies die Invalidentarte vor und erklärte, daß er von Frede beauftragt worden sei, von dem Guthaben 32 Zloty abzuheben, wobei er eine gefälschte Vollmacht vorwies. Der Beamte zahlte ihm darauf den Betrag aus. Von dem Gelde gab er einige Zloty seinen beiden Freunden Franciszek Lassa und Maksymilian Gracynk. Der Betrug wurde jedoch später entdeckt, so daß sich das Trio jetzt vor dem hiesigen Bürgergericht zu verantworten hatte. Rogowski wurde vom Gericht, da er noch nicht volljährig ist, zum Aufenthalt in eine Besserungsanstalt verurteilt, wobei ihm infolge seiner bisherigen Unbestraftheit eine dreijährige Bewährungsfrist gewährt wurde. Die beiden Mitangeklagten, die über die Herkunft des Geldes unterrichtet waren, erhielten je 6 Monate Gefängnis mit zweijährigem Strafaufschub.

Die Mitnahme von Kindern beim Olympia-Sonderzug der „Deutschen Rundschau in Polen“

Auf Anfragen teilen wir hierdurch mit, daß Kinder bis zu 8 Jahren die Hälfte der Gebühren zahlen, also für 7 Tage 67,50 zł und für 16 Tage 82,50 zł; Reisemarkt braucht für sie nicht, kann aber bei Bedarf erworben werden. Kinder in höherem Alter werden wie Erwachsene behandelt.

Hauptgeschäftsstelle der „Deutschen Rundschau in Polen“

§ Ihre Arbeitgeberin bestohlen hatte das 36jährige Dienstmädchen Stanislawina Jasinska, hier wohnhaft. Die J. war bei der Bahnhofsstraße wohnhaften Frau Frieda Fromme als Dienstmädchen beschäftigt gewesen und entwendete ihrer Arbeitgeberin Wäsche, ein Paar Herrenschuhe und ein Zigarettentui im Gesamtwerte von etwa 150 Zloty. Die unehrliche „Perle“ wurde jetzt vom Bürgergericht zu zwei Monaten Arrest mit zweijährigem Strafaufschub verurteilt.

§ Schnell aufgefälschter Einbruchdiebstahl. In der Nacht zum 29. Mai d. J. wurde bei dem Restaurateur Max Wroziński in der fr. Friedrich-Wilhelmstraße (Zygmunta Augusta) 30 ein Einbruchdiebstahl verübt, wobei den Einbrechern zwei fast neue Herrenfahräder, vier Tischtücher, sowie Tabakwaren im Werte von über 500 Zloty als Beute in die Hände fielen. Einen der Einbrecher konnte die Polizei bald darauf in dem zehnmal vorbestraften 29jährigen Dachdecker Jan Szczypaniński festnehmen. Sz. hatte sich jetzt vor dem hiesigen Bürgergericht deswegen zu verantworten. Der Hehlerlei mitangeklagt ist die Ehefrau des Einbrechers, Katarzyna, sowie der 22jährige Arbeiter Wincenty Jamroza, der von dem Hauptangeklagten ein gestohlenes Fahrrad für den Preis von 35 Zloty gekauft hatte. Sz. bekennt sich vor Gericht zur Schuld, will aber die Namen seiner Komplizen, mit denen er den Einbruch verübt hatte, nicht kennen. Die beiden übrigen Angeklagten bekennten sich nicht zur Schuld. Nach durchgeführter Beweisaufnahme verurteilte das Gericht den Einbrecher zu einem Jahr und Jamroza zu sechs Monaten Gefängnis. Katarzyna Sz. wurde zu einer Geldstrafe von 50 Zloty oder 5 Tagen Arrest verurteilt.

§ Regen Nachtversuchs hatte sich vor der Strafkammer des hiesigen Bezirksgerichts der 23jährige Wladyslaw Michalski aus Erin zu verantworten. M., der vom Gericht in Erin zu einer Gefängnisstrafe verurteilt worden war, riß sich gewaltsam von dem ihn transportierenden Polizisten Plaszka los und ergriff die Flucht. Der Flüchtling konnte jedoch bald wieder eingekerkert werden. Das Gericht verurteilte den Angeklagten zu zwei Monaten Arrest.

□ Grono (Koronowo), 6. Juli. In der Zeit vom 1. 6. bis 30. 6. wurden auf dem hiesigen Standesamt für den Stadtbezirk registriert: 13 Geburten, vier Eheschließungen und vier Sterbefälle. In derselben Zeit wurden für den Landbezirk registriert 12 Geburten, drei Eheschließungen und sieben Sterbefälle.

ss Mogilno, 6. Juli. Während des Kirchenknechtens stürzte der Obsthändler Wladyslaw Gomoł aus Bromberg von einem Baum an der Chauffee bei Radlowo, wodurch er einen schweren Schädelbruch erlitt, so daß er nach einigen Stunden seinen Geist aufgab.

i Ratel (Ratlo), 6. Juli. Am Sonntag begingen die Landwirte des Kreises Wirsis in Ratel den „Tag des Festes“. Der Markt, sowie der Sportplatz waren dazu festlich geschmückt. Von weither kamen die Besucher und nahmen an den Veranstaltungen teil. In der Schönheitskonkurrenz der Pferde stelen Preise auf folgende Veffker: 1. Preis Gräfin Wniska, Samostrzel, 2. Preis Gräfin Chapowska, Bagal, 3. Preis Skalski aus Raygród.

Dem Gastwirt Siewkowski aus Kosowo wurde vor der Volkerei in Wrotschen ein Fahrrad gestohlen. Der Dieb, der das Rad in Ratel in einem Fahrradgeschäft verkauft wollte, wurde gefaßt; das Rad konnte dem Eigentümer zurückgegeben werden.

§ Posen, 6. Juli. Die Eisenbahnkatastrophe bei Gultown in der Nähe von Posen, die sich in der vergangenen Woche abspielte, hat einen Sachschaden von rund 400 000 Zloty hervorgerufen. 25 Personen, die bei der Katastrophe verunglückt sind, haben Beschädigungsansprüche gestellt, die gegenwärtig von der Eisenbahnverwaltung auf ihre Berechtigung nachgeprüft werden. Heute hat die Beseitigung der zertrümmerten Wagen und der schwer beschädigten Lokomotive durch eine Mannschaft begonnen, die sich von hier aus im Sonderzuge nach dort begeben hat.

Der 63 Jahre alte Schuhmachermeister Boleslaw Maciejewski wurde gestern früh in seiner Wohnung fr. Alleestraße 1 infolge einer schweren Gasvergiftung besinnungslos aufgefunden und im hoffnungslosen Zustande ins Stadtkrankenhaus geschafft. Von den ausströmenden Gasen war in der Nachbarwohnung des Eisenbahnarbeiters Ignaz Fraszczak die 40jährige Frau Maria, der 11-jährige Sohn Zdenek, der sechsjährige Josef und die zwei-jährige Tochter Sabina durch das Gas, das durch die Wandrißen hineinströmte, einer glücklicherweise nicht lebensgefährlichen Vergiftung anheimgefallen. Sie wurden von der Rettungsbereitschaft ins Leben zurückgerufen. Es steht nicht fest, ob es sich im ersten Fall um einen Selbstmordversuch oder einen Unglücksfall handelt.

Vor der verstärkten Strafkammer des Landgerichts hatte sich die Landwirtin Wanda Gruchalowa aus Bobuszewo, Kreis Dobornik, zu verantworten, weil sie, um sich des Ausgebirges zu entledigen, am 7. April d. J. ihren Ausgebirger Karl Knilling bei einem Streite mit einem Eisenstab niederschlugen hatte. Das Urteil lautete auf zwei Jahre Gefängnis.

Aus Kongreßpolen und Galizien.

Ukrainische Enthaltbarkeit.

Die Ukrainer in Ostgalizien, die mit allen Mitteln die Erhaltung ihres Volkstums und ihrer Muttersprache zu fördern suchen, werben dafür, daß Hochzeiten und sonstige familiäre Festlichkeiten in ukrainischen Häusern stets ohne Alkohol stattfinden. Das Geld, das sonst dafür ausgegeben worden wäre, soll dem Verein „Midna skola“ zur Verfügung gestellt werden, der das private ukrainische Schulwesen erhält. Die ukrainische Presse druckt fortlaufend in einer Ehrenliste die Namen derjenigen, die sich zu solchen Opfern bereit erklären und hofft, auch dadurch zu weiterer Opferwilligkeit anzuregen.

Die Ärzte Wilnas erhalten 83 000 Zloty von der Sozial-Versicherungsanstalt.

Im Jahre 1933/34 hat die Sozial-Versicherungsanstalt allen Ärzten in Wilna gekündigt, worauf diese gerichtlich gegen die Entlassungsverordnung vorgehen und eine Entschädigung in Höhe von 83 000 Zloty forderten. Nachdem der Prozeß durch alle Gerichtsstufen gegangen war und schließlich für die Ärzte negativ ausfiel, beschloß das Ministerium für soziale Fürsorge eine besondere Kommission zu bilden, die den Streit schlichten sollte. Damit waren aber die Ärzte nicht einverstanden, und weil sie der Ansicht waren, daß diese Kommission einseitig werde, entsandten sie keinen Vertreter. Nunmehr erhielten sie von einer Ministerialkommission den Bescheid, daß ihnen jene Entschädigung in Höhe von 83 000 Zloty zuerkannt wurde.

Großfeuer in einer Fabrik.

In der Nacht zum Sonnabend entstand im ersten Stockwerk des Fabrikgebäudes der Erben Jajusztajn in Bialystok, welches der Industrielle Szmulowicz gepachtet hat, aus noch nicht festgestellter Ursache ein Großfeuer. Trotz energischer Rettungsaktion griffen die Flammen rasch um sich und vernichteten zwei Stockwerke der massiv gebauten Fabrik und einen Anbau, wodurch ein Schaden von 200 000 Zloty entstand. Die Gebäude und Maschinen waren nicht versichert.

Schwere Wolkenbrüche in der Tatra.

Am Sonnabend sind im ganzen Tatra-Gebiet schwere Gewitter niedergegangen, die von wolkenbruchartigem Regen begleitet waren. Die Gebirgskämme schwellen in kurzer Zeit zu großen Strömen an, überschwemmten Brücken und Wege und drohten das Elektrizitätswerk von Kuznica mitzureißen. Eine Reihe von Brücken ist schwer beschädigt. Für die Rettungsarbeiten wurden alle Feuerwehren und die Polizei der Umgegend eingesetzt. Auch Zakopane selbst stand teilweise unter Wasser.

Großbrände in Schweden und Italien.

Elektrolux-Fabrik eingäschert.

Die Fabrikgebäude des Elektrolux-Konzerns aus Villa Ejsingen in den Stockholmer Schären wurden von einem Großfeuer heimgesucht. Obwohl alle Stockholmer Wehren eingesetzt wurden, gelang es nicht mehr, die Flammen auf ihren Entstehungsherd zu beschränken. Große Teile eines Fabrikgebäudes wurden eingäschert und auch danebenliegende Gebäude der kaufmännischen Betriebsleitung in Mitleidenschaft gezogen. Der Schaden dürfte sich nach vorläufigen Schätzungen auf fünf bis sechs Millionen Schwedenkronen belaufen. Man nimmt an, daß das Feuer durch Selbstentzündung entstanden ist.

Gummifabrik in Flammen.

In einer Fabrik zur Herstellung von Isoliermaterial und Gummi in San Vittorie Olona, in der Nähe von Mailand, verursachte ein Großfeuer Sachschaden von über sechs Millionen Lire. Die Ursache des Brandes ist noch nicht geklärt. Infolge der großen Bestände von leicht brennbaren Stoffen war es der Feuerwehr nur mit allergrößten Anstrengungen nach 12stündiger Arbeit möglich, der Flammen, die mit rasender Geschwindigkeit das ganze Fabrikgebäude ergriffen hatten, Herr zu werden. Große Vorräte von Rohstoffen und Fertigerzeugnissen sind dem Brande zum Opfer gefallen. Die Maschinen wurden vollständig zerstört. Vier Feuerwehrmänner erlitten Brandwunden.

Chef-Redakteur: Gotthold Starke; verantwortlicher Redakteur für Politik: Johannes Kruse; für Handel und Wirtschaft: Arno Straß; für Stadt und Land und den übrigen unpolitischen Teil: Marian Dörke; für Anzeigen und Reklamen: Edmund Pragnaodak; Druck und Verlag von A. Dittmann & Co., sämtlich in Bromberg.

Die heutige Nummer umfaßt 10 Seiten einschließlich Unterhaltungsbeilage „Der Hausfreund“

Bommerellen.

7. Juli.

Graudenz (Grudziadz)

Ihren herkömmlichen Sommerausflug

veranstaltete die Deutsche Bühne, diesmal vereint mit Liedertafel und Sportclub, am letzten Sonntag nachmittag. Ziel war, wie stets, das Gartenlokal von Bodammer in Hilmarsdorf. Leider tat ein in der dritten Nachmittagsstunde aufgetretener starker Gewitterregen dem Besuche nicht unerheblichen Abbruch, trotzdem aber war der Garten gut gefüllt. Für ausreichende und billige Fahrgelegenheit hatten die Veranstalter gesorgt. Muntere Weisen einer Kleinen, aber tüchtigen Kapelle sorgten für angenehme Stimmung, die dadurch noch gehoben wurde, daß an unterhaltenden Darbietungen kein Mangel war. Da konnte man sich beim Preisschießen und -egeln schöne Preise holen, und auch der lieben Kinderwelt war Gelegenheit zu fesselnder Kurzweil gegeben. Sie konnten z. B. im Sachhüpfen und Eierlauf ihre Geschicklichkeit und Behendigkeit erweisen, wofür entsprechender Lohn winkte. Großer Jubel erregte es bei den Kleinen, daß sich am Laufen auch Erwachsene beteiligten. Letztere „Kategorie“ maß übrigens weiter noch im Tanzziehen ihre Kräfte. Abends wurden denn die im heikumtrittenen, friedlichen Wettbewerb erzielten Prämien an die glücklichen Sieger verteilt. Ein stotzes Tanzkränzchen im Saale machte den Beschluß des Festes, das in seinem gemütlichen, harmonischen, die Verbundenheit von Stadt und Land aufs neue erweisenden Verlaufe allgemein befriedigt hat.

Verlegung der radiophonischen Postabteilung. Vom Telephon- und Telegraphenamnt wird bekanntgegeben, daß die radiophonische Abteilung seit dem 1. Juli d. J. dem Postamt Graudenz 1 (Eingang Mickiewiczza 31, parterre) übertragen worden ist. Dort sind also sämtliche mit dem Radio-Abonnement verbundenen Angelegenheiten von jetzt ab zu erledigen.

In der Straßenpumpen-Angelegenheit ist in dem Standpunkt der Stadtverwaltung bereits insofern eine Lockerung eingetreten, als auf die Beschwerde von Bewohnern des Hauses Unterthornerstraße (Toruńska) 27, die ebenfalls zu den Leidtragenden gehören, darüber, daß dort nach der magistratischen Maßnahme unhygienische Verhältnisse eingetreten sind, die Gesundheitskommission dafelbst eine Untersuchung angestellt hat. Das war am Freitag voriger Woche. Die Kommission stellte in der Tat erhebliche Mängel fest, und die Folge ihres Einschreitens war, daß in diesem Hause die Wasserleitung vom nächsten Tage wieder ihren Dienst versah.

Im Kino „Gryf“ läuft zurzeit ein deutschsprachiger Tonfilm, der den Titel „Das Blaue vom Himmel“ (Eine Frau unter tausend) trägt. Diese Frau ist keine andere als Martha Eggert, die da die Rolle einer Fahrkartenverkäuferin innehat, einem Postkötter, den Hermann Thimig mimt, ihre Liebe zuwendet und schließlich mit dem Geliebten, dem sie, nachdem er seine Stelle eingebüßt, eine neue Existenz zu verschaffen weiß, ihr Lebensschicksal gänzlich verknüpft. Ein flotter Zug durchweht das Ganze. Verdiente Günst erringt sich neben den beiden genannten „Kanonen“ des Lichtbildes Ernst Berbes mit seinem bewundernden Lächeln, seiner Situationsicherheit. Andere vorzügliche Kräfte vervollständigen die Gemeinschaft der in diesem wirklich hübschen und daher Beifall findenden Filmwerk mitwirkenden Künstler.

Leichensund. Montag vormittag wurde in einem des in der Nähe des Bootshauses des Graudenzener Rudervereins an der Weichsel befindlichen großen Wassertümpel die Leiche einer 28-30 Jahre alten, bekleideten weiblichen Person entdeckt. Sie wurde in die Halle des Krankenhauses geschafft, wo eine Sektion stattgefunden wird. Aus der Art der Kleidung kann geschlossen werden, daß es sich um eine dem Arbeiterstande angehörige Person handelt. Die Leiche dürfte etwa zwei Wochen im Wasser gelegen haben. Über die Personalien der Toten war bisher noch nichts ermittelt. Wahrscheinlich dürfte, was die Ursache des Todes anbetrifft, Selbstmord vorliegen.

Vorsicht vor Marktdieben! Alexander Neumann, Lindenstraße (Legjonów) 90, wurde während des letzten Wochenmarktes ein silbernes Etui im Werte von 120 Zloty gestohlen. An sonstigen Diebstählen meldet der Polizeibericht u. a. noch, daß Jozja Piejko aus Lesniewo, Kreis Graudenz, vom Kartoffelmarkt ihr Fahrrad im Werte von 120 Zloty und Jadwiga Partyka, Wenzelstraße 16, aus der Laube im Garten in der Culmerstraße (Chelmńska) verschiedene Sachen im Werte von 60 Zloty entwendet worden sind.

Thorn (Toruń)

Der Ruder-Verein „Thorn“

hielt im Klubhause eine diesjährige außerordentliche Mitgliederversammlung ab, die durch den 2. Vorsitzenden Grzymacher eröffnet und geleitet wurde. Nach Bekanntgabe der Tagesordnung wurden zuerst 17 Mitglieder neu aufgenommen, darunter 7 Damen. Der Vorsitzende erstattete den Jahresbericht und gedachte der verstorbenen Mitglieder Kaufmann und Stadtrat a. D. Max Mallon (Ehrenmitglied), Professor Herbert Renne, Ziegeleibesitzer Waldemar Wiebusch und Apothekenbesitzer Alfred Heining, deren Gedenken durch Erheben von den Sihen geehrt wurde. Der sodann von dem Fahrwart Frowe erstattete Bericht stellt mit besonderer Freude fest, daß die Damenabteilung sich ruderisch sehr gut betätigt hat und daß auch einige gute Regatta-Ergebnisse zu verzeichnen waren. Durch die Ausbildung von 37 Anfängern, die z. T. der neugegründeten Frauenabteilung angehörten, erfährt der normale Ruderbetrieb naturgemäß eine wesentliche Einschränkung, die sich besonders bei den Durchschnittskilometern auswirkt. Dagegen stieg die Zahl der Fahrten gegen das Vorjahr um rund 200. An dem Dauerrudern am 7. April 1935, anlässlich des Tages des

deutschen Rudersports, beteiligten sich 22 Ruderer in 6 Booten. Der RWV beteiligte sich am 5. Mai 1935 an dem gemeinsamen Anrudern aller Thorner Wassersportvereine sowohl bei dem Umzug durch die Stadt wie auch an der Auffahrt, an der 34 Ruderer und Ruderinnen in zehn Booten teilnahmen. An demselben Tage erfolgte die Taufe zweier neuer Boote: des Givierers „Graudenz“ und des Gigdoppelzweiers „Drewno“, an die sich eine Aufahrt von 12 Booten angeschlossen. Im letzten Vereinsjahr wurde eine Reihe gemeinsamer Tagesfahrten unternommen, dagegen aber nur 5 Wanderrfahrten über 100 Kilometer, und zwar zwei nach Graudenz, eine von Graudenz nach Danzig, eine nach Bloclawet und eine Saarfahrt. Insgesamt wurden bei 904 Fahrten 8829 Kilometer zurückgelegt, davon 1071 Kilometer laut Frauen-Fahrtenbuch. Die meisten Fahrten und Kilometer schaffte der Doppelzweier „Max Mallon“, nämlich 152 bzw. 1389. Die Durchschnitts-Kilometerzahl pro Fahrt betrug also 9,76 Kilometer. An Mannschaftskilometern wurden insgesamt 28354 zurückgelegt, davon 6957 laut Frauen-Fahrtenbuch. Die fleißigsten Ruderer und Ruderinnen waren Helmut Heining (140 Fahrten mit 1527 Kilometern), Gimes (79 und 1246), Pollak (140 und 1121) sowie Fr. Hilde Stoller (78 und 1281) und Fr. Finger (105 und 1211). Die Kilometerpreise erhielten demnach Helmut Heining und Fr. Hilde Stoller, die Fahrtenpreise Helmut Heining, Fr. Pollak und Fr. Finger. Es folgten die Berichte des Boots- und des Hauswarts, ebenso der des Kassenwarts, der sodann auch den neuen Haushaltsplan vortrug. Nachdem die Kassenprüfer zu Worte gekommen waren, wurde dem Gesamtvorstand antragsgemäß einstimmig Entlassung erteilt. Es erfolgte dann unter der Leitung von Dir. Wohlfeil die Vorstandswahl, die folgendes Ergebnis hatte: 1. Vorsitzender Ernst Laenger, 2. Vorsitzender Karl Hünze, Schriftwart Heinz Becker, Kassenwart Hans Stoller, 1. Fahrwart Fritz Prowe, 2. Fahrwart Ernst Kling, Hauswart Franz Freining, Bootswart Alb. Schulz, Rechnungsprüfer Kling sen. und Kurt Domke, Vertreter der Passiven Freining sen. und Max Krüger, Ruderälteste Th. Goldenstern, M. Grzymacher, Alb. Schulz und Fr. Freining. Zu Vertretern des Vereins und des Regattaverbandes wurden die Herren Laenger, Grzymacher und Becker, zu deren Stellvertretern A. Schulz und Fr. Freining gewählt. Als Obmänninnen der Frauenabteilung wurden Frau F. Prowe und Fr. A. Finger gewählt. Beim letzten Punkt der Tagesordnung erfolgte die Ernennung von 5 Damen und 2 Herren zu Altruderern.

Erdal Schuhpasta Erdalin Fußbodenpasta Erdol Metallputz flüßig

Von der Weichsel. Montag früh um 7 Uhr betrug der Wasserstand 0,62 Meter über Normal, mithin 4 Zentimeter weniger als am Vortage. Die Personen- und Güterdampfer „Reduta Ordon“, „Gontec“, „Jagiello“, „Halka“ und „Saturn“ bezw. „Mickiewicz“ und „Somnifit“ passierten die Stadt auf der Fahrt von Warschau nach Dirschau bezw. Danzig, und auf der Strecke Danzig-Warschau bezw. Dirschau-Warschau machten die Personen- und Güterdampfer „Barneczaj“ und „Aratus“ bezw. „Fredro“, „Baltyl“, „Hetman“ und „Grancja“ hier Station. Im Weichselhafen trafen ein: Schlepper „Bawaria“ mit je einem leeren und mit Getreide beladenen Kahn und „Kollataj“ mit vier leeren Kähnen aus Warschau, ferner „Konarfit“ mit einem Kahn mit Stachelbrant aus Dirschau und schließlich „Bawaria“ ohne Schleppzug aus Bromberg. Mit dem Bestimmungsort Bromberg lief Schlepper „Zubr“ mit zwei Kähnen mit Sammelgütern und Schlepper „Kollataj“ mit drei Kähnen mit Zucker und Schlepper „Kato-wice“ mit je einem Kahn mit Mehl und Stückgütern.

Auf eine Sandbank bei der neuen Wegebrücke aufgefahrene ist der Güterdampfer „Gontec“ der Transportgesellschaft „Wistula“, der um 17 Uhr die Weiterfahrt nach Danzig antreten sollte. Der Dampfer erlitt hierdurch eine Verspätung von über zwei Stunden.

Vermisstanzeige bei der Polizei erstattete Józef Siefiertowski, Schlachthausstraße (Przy Rzeźni) 12, gegen seine Schwägerin Berta Tomiel. Die Genannte, die 49 Jahre alt ist und Zeichen geistiger Anormalität verriet, hat sich aus dem Hause des S., der sich ihrer angenommen hat, fortbegeben und nun fehlt jede Spur von ihr.

Ein Kindesmord kam laut Polizeibericht von Sonnabend und Sonntag aus Stadt- und Landkreis Thorn zur Anzeige, desgleichen die einem Holzdieb durch einen Förster zugefügte Schußverletzung sowie neun Kleindebstähle. Außerdem wurden zu Protokoll genommen: sechzehn Übertretungen polizeilicher Verwaltungsvorschriften, sieben Verstöße gegen die Bestimmungen der Wegeordnung und eine Zuwiderhandlung gegen haupolizeiliche Bestimmungen.

Podgorz bei Thorn, 7. Juli. Beim Überschreiten der Straße wurde das 5jährige Söhnchen des Herrn Wesolowski von einem vorüberfahrenden Personenautomobil angefahren. Der Knabe, der etwas taub ist und das Warnungssignal überhörte, kam zum Glück mit dem bloßen Schrecken davon.

König (Chojnice)

Bannerweihe. Im Rahmen des Gottesdienstes fand am Sonntag in der Dreifaltigkeitskirche die Bannerweihe des Evangelischen Kirchengesangsvereins statt. Geleitet vom Superintendenten Weiß begaben sich die Vereinsmitglieder in das Gotteshaus und nahmen mit dem verhüllten Banner vor dem Altar Aufstellung. Der Geistliche richtete zu herzergehende Worte an die Mitglieder und übergab dann das Banner seiner Bestimmung. Als Abschluß des Weiheaktes wurde das Lied: „Des Königs Fahne“ gesungen. Nach Beendigung des eigentlichen Gottesdienstes, der durch Gesangsvorträge des Chors ver-schönt wurde, fand die Nagelung des Banners statt, bei der der Geistliche der bisherigen Dirigentin Fräulein Charlotte

Müller gedachte, welche 14 Jahre dieses Amt in Treue ausgeübt hat, sowie den neuen Dirigenten, Herrn Raths, mit warmen Worten nochmals einführte. Am Nachmittag fand gemeinsam mit dem Posaunenchor ein Familienausflug nach dem Stadtwalde Buschmühl statt, der bei großer Beteiligung einen harmonischen Verlauf nahm.

Wohltätigkeitsfest. Auf dem großen Spielplatz im Stadtwalde fand ein Wohltätigkeitsfest statt, dessen Reingewinn dazu dienen soll, um die alte Kaserne auf der Neustadt zu Wohnungen für Arbeitslose umzubauen. Zwei Kapellen sorgten für Unterhaltung. An mehreren Büfets konnte man für sein leibliches Wohl sorgen und gleichzeitig durch den Einkauf Gutes tun. Auch an Schieß- und Würfelbuden konnte man sein Geld „zum guten Zweck“ loswerden. Nebenbei wurden allerlei Volksbelustigungen und Spiele geboten. Die Beteiligung der hiesigen und auswärtigen Bevölkerung an dem Fest war außerordentlich groß, so daß anzunehmen ist, daß bei der Abrechnung ein nettes Sümmdchen für den Bau übrig bleibt.

Scharfschießen. Die Bevölkerung wird darauf aufmerksam gemacht, daß in Lutomie Scharfschießen stattfindet, und der Schießstand daher an folgenden Tagen in einem Umkreis von 5 Kilometern zu meiden ist: am 6., 7., 14., 15., 21., 22., 24., 27., 30. und 31. Juli.

Br Aus dem Seekreise, 6. Juli. In Adlershorst (Orlowo) drang die 40 Jahre alte Maria Pakula in Abwesenheit des Eigentümers in die Villa „Bakula Dwór“ ein und stahl einem Gast aus dem Koffer 420 Zloty. Die Diebin wurde verhaftet.

Briefen (Wahrzejno), 6. Juli. Aus bisher unbekanntem Gründen brach auf dem Anwesen des Landwirts Kubicki in Heinrichsdorf Feuer aus. Den Flammen fielen Wohnhaus, Stall und Scheune sowie vier Schweine zum Opfer. Der entstandene Schaden ist nur teilweise durch Versicherung gedeckt.

Von unbekanntem Täter wurde aus der katholischen Pfarrkirche in Orschan eine größere Menge Abendmahlswein gestohlen.

Br Gdingen (Gdynia), 6. Juli. Über Gdingen ging eine gewaltige Unwetter nieder, wobei die niedriger gelegenen Straßen vollständig überschwemmt wurden. Die Feuerwehr mußte viermal in Tätigkeit treten, um Keller, die bis 1 1/2 Meter voll Wasser gelaufen waren, leer zu pumpen. Ferner wurde die Wehr nach dem Dorf Gysowo gerufen, wo der Blitz in ein Haus eingeschlagen und gesündet hatte. Hierbei war der Einwohner Wejerowski vom Blitz getroffen worden und erlitt erhebliche Brandwunden. Die Wehr leistete dem Verunglückten die erste Hilfe und löschte den Brand.

Vor dem Gericht in Gdingen hatten sich die beiden Anführer des Arbeiterstreiks vom 18. Mai wegen Angriffe auf die Polizei zu verantworten. Kwiatkowski erhielt acht Monate Gefängnis, Prabucki kam mit vier Monaten Gefängnis davon.

Wegen Übertretungen der Devisenvorschriften wurden vor dem Kreisgericht in Gdingen verurteilt: Szepefel Mucha zu sechs Monaten Gefängnis und 1000 Zloty Geldstrafe, Stefan Zarzycki zu drei Wochen Arrest und 200 Zloty Geldstrafe, sowie Konfiszierung eines Sparkassenbuchs und Dorothea zu drei Wochen Arrest und 200 Zloty Geldstrafe.

h Gorzno, 6. Juli. Beim letzten Gewitter schlug ein Blitz in das Haus von Fräulein B. Voelfelbein, am Markt, in den Bäckereihornstein ein. Glücklicherweise war es nur ein kalter Schlag. Beschädigt hat er das Dach, indem er mehrere Dachpfannen zertrümmerte.

p Neustadt (Wejherowo), 6. Juli. Im hiesigen Standesamt wurden in der Zeit vom 20. Juni bis 1. Juli 13 Geburten, 5 Todesfälle und 5 Eheschließungen eingetragen.

Der 34jährige Taschendieb Schwarzberg aus Lodz stahl einem Reisenden im Zuge aus der Tasche 1,40 Zloty Bargeld, wurde aber auf frischer Tat ertappt und der Polizei übergeben.

Renenburg (Rowe), 6. Juli. An der Warlubier Chaussee ereignete sich ein schmerzliches Verschüttungsunglück, bei welchem der 65 Jahre alte Arbeiter Skubicki völlig verschüttet wurde. Der alte Mann arbeitete unter einer in ziemlicher Höhe weit überhängender Stelle, welche bei Wegschaffung darunter gelegener Massen plötzlich herabfiel. Der Arbeiter erlitt den Bruch beider Beine sowie innere Verletzungen und mußte sofort in das hiesige Krankenhaus geschafft werden.

Einen Unfall an einer unübersichtbaren Stelle am Ausgange der Stadt erlitt ein 18jähriges Fräulein Kerber aus Unterberg, als sie mit ihrem Fahrrad auf der Rückfahrt war. Sie wurde von einem Auto gestreift und zu Boden gerissen. Der Autofahrer schaffte die Verunglückte sofort nach Hause.

Thorn. Graudenz. Todes-Anzeigen auf Bogen und Karten in den verschiedensten Ausführungen liefert sofort am Tage der Bestellung Justus Wallis Papierhandlung Toruń, Szeroka 34. Braunes Gut lohnen Kaufe Geld u. Silber verkauft Adolf Bartel, Biela Zawies. S. Hoffmann, Goldschmiedemst., Bietary 12. Schön. Erholungs-ferien-Aufenthalt an herrlich. Wald und Seen. Blohm, Janta - Góra, poczta Swietatowo, pow. Swiecie.

Hodza und Henlein.

Der tschechoslowakische Ministerpräsident Dr. Hodza hat sich vor dem Prager Senat mit dem Führer der Sudetendeutschen, Konrad Henlein, auseinandergesetzt, der Ende Juni in Eger auf die unlösbare Verbundenheit aller deutschen Volksstämme hinwies und bemerkte, daß er es vorziehe, gehaßt zu werden, weil er sich zum deutschen Volkstum bekenne, anstatt dies Volkstum zu verraten und Deutschland zu hassen. Ministerpräsident Hodza stellte nun vor dem Prager Senat die Behauptung auf, daß es in der Tschechoslowakei keinen Haß gegen Deutschland gebe, um daraus den Schluß zu ziehen, daß nun auch die Sudetendeutsche Partei überflüssig sei. Nun ist die Sudetendeutsche Partei nicht deshalb entstanden, um das Staatsvolk der Tschechen oder gar die nationale Minderheit der Slowaken zu hassen, sondern deshalb, um das Recht auf das deutsche Volkstum auch für die Sudetendeutschen zu verteidigen. Das Bekenntnis zum deutschen Volkstum ist kein Gegensatz zum Tschechischen Staat, es sei denn, daß dieser Staat, der an sich kein Nationalstaat, sondern ein Nationalitätenstaat ist, für sich das Recht der tschechischen Ausschließlichkeit in Anspruch nimmt. Gerade das ist es, was die Sudetendeutschen ablehnen, wobei sie davon ausgehen, daß ihr Lebensrecht im Tschechoslowakischen Staat völkerrechtlich gesehen nicht geringer und schlechter ist als das tschechische Lebensrecht. Auf dies nationale Lebensrecht gestützt verlangen die Sudetendeutschen die Gleichheit vor dem Gesetz, die Gleichheit aber auch in der Wahrung aller Belange, die ein Volkstum und damit ein Staat sichern kann. Dies Lebensrecht ist indessen von der Tschechoslowakischen Regierung nicht beachtet worden, denn die Gesetze zur Staatsverteidigung, die eigentlich nur Gesetze zur Verteidigung und Sicherung der tschechischen Ausschließlichkeit sind, richten sich klar und deutlich gegen die Sudetendeutschen. Wenn unterschiedliche Nationalitäten gezwungen sind, in einem Staat zu leben, so muß das Nebeneinander die Duldsamkeit zur Voraussetzung und zur Grundlage haben. Diese Duldsamkeit darf aber nicht einseitig gefordert, sondern muß vor allen Nationalitäten gegenseitig gewährt werden. Es ist keine Duldsamkeit, wenn das tschechische Staatsvolk die soziale und wirtschaftliche Kraft des Staates dazu benützt, das Staatsvolk der Tschechen zu stärken auf Kosten anderer Nationalitäten, insbesondere der Sudetendeutschen. Allein diese sollen trotzdem dazu beitragen, durch Steuern und andere Abgaben sowie durch ihre wirtschaftliche und soziale Leistung den Staat zu entwickeln, der ihnen als Lohn für diese Leistung nicht die gleichen Rechte gewähren will. Ministerpräsident Dr. Hodza hat mit Stolz in seiner Rede betont, daß das Staatsvolk der Tschechen sich nunmehr so gefestigt hätte, um keinen Angriff auf seine geistigen und nationalen Grundlagen, sowie auf die Sicherheit des Staatsgefüges fürchten zu müssen. Wenn das der Fall ist, so braucht es keine Absage an die Sudetendeutschen zu sein.

Es entspricht durchaus der Lage, wenn der Senator der Sudetendeutschen Partei, Prognor, im Parlament davor warnt, die sudetendeutsche Frage durch die Ernennung eines weiteren deutschen Ministers ohne Geschäftsbereich und ohne Anhängerschaft lösen zu wollen, nur um vor dem Ausland die Tatsache zu verschleiern, daß durch die sudetendeutsche Einheitsbewegung das sudetendeutsche Problem in der Weltöffentlichkeit zur Erörterung gestellt worden ist.

„Eine Lösung des sudetendeutschen Problems wird“, so erklärte Prognor, „solange unmöglich, als der Aufbruch, die Sprachgrenze an die Staatsgrenze vorzutragen. Die Forderung nach kultureller und wirtschaftlicher Autonomie ist eine unbedingte Notwendigkeit. Es genügt nicht, daß man uns zwar das Recht auf die kulturelle Verbundenheit mit dem deutschen Muttervolke zugesteht, die Fäden zum deutschen Geistesleben jedoch zerreiht. Die Rede Konrad Henleins in Eger hatte den Zweck, die Atmosphäre zu klären. Nichts liegt uns ferner, als diesen Staat gegen das Deutsche Reich zu stellen. Ein solcher Versuch wäre nicht bloß kindisch, sondern ein unverzeihlicher Verstoß gegen die deutschen Lebensinteressen.“

In Berlin werden die Auseinandersetzungen mit größtem Interesse verfolgt. Und man erinnert an die Worte, die Reichsminister Dr. Frank auf dem Gaultreffen des Gaues Westfalen-Nord in Gelsenkirchen gesagt hat:

„Wir sind wieder eine Großmacht geworden, und wir haben gerade darum an die Welt eine ernste Mahnung zu richten. Wir möchten das Augenmerk der Welt besonders darauf lenken, daß in vielen Teilen Europas viele Menschen nur deshalb verfolgt werden, weil sie Deutsche sind. Wir glauben, daß es nötig ist, daß die zunehmende Unterdrückung der deutschen Minderheiten in Europa einer gründlichen Revision unterzogen wird.“

Ein Telegramm

von Dr. Steinacher an Dr. Basch.

Im Anschluß an die von uns bereits gemeldete Verurteilung von Dr. Franz Basch-Budapest zu 5 Monaten Gefängnis wegen „Schmähung der ungarischen Nation“, weil er sich bei einem Vortrage gegen die Namensmagyarisierung gewandt hatte, hat der Bundesleiter des Volksbundes für das Deutschum im Ausland, Dr. Steinacher-Berlin an den verurteilten Dr. Franz Basch folgendes Telegramm gesandt:

„Nehmen Sie für Ihr mannhaftes und opferbereites Eintreten für deutsche Volkshere wärmsten Dank entgegen. Ihre Verurteilung gerade zu dem Zeitpunkt da vor genau 250 Jahren Ströme heißen deutschen Blutes vor Osen und für Ungarns Befreiung geflossen sind, wird im deutschen Volke einen unauslöschlichen Eindruck hinterlassen.“

Millionen Deutscher stehen mit Dank und herzlichem Mitempfinden hinter Ihnen, besonders in denjenigen Staaten, wo Deutsche um Ehre und Lebensrechte kämpfen müssen.

Dr. Steinacher,
Bundesleiter des VDA.

„Ich bekämpfe nicht die Beamten —

— sondern — ihre Unarten.

Eine neue Rede des Ministerpräsidenten General Skladkowski.

(Von unserem ständigen Warschauer
Berichterstatter.)

Die Reden des jetzigen Ministerpräsidenten, des Generals Skladkowski, erfreuen sich einer öffentlichen Beliebtheit beim großen Publikum. Das besagt viel in einer Zeit, da das Publikum mit Reden und Erklärungen von hochgestellten Personen vielleicht schon überflüssig ist. General Skladkowski verfährt die schönrednerische Glätte des Ausdrucks, er preßt seine Gedanken nicht in konventionelle Ausdrucksformen. Er greift nach den erstbesten Worten, die ihm gerade einfallen, um das auszudrücken, was ihm am Herzen liegt. Und weil er mit dem ganzen Herzen bei der Sache ist, zu der er öffentlich das Wort ergreift, atmen seine Ausführungen, die voll packender Wendungen sind, eine wohlthuende Frische.

Am vergangenen Sonnabend sprach Ministerpräsident Skladkowski zu den Direktoren der Finanzkammern, die in Warschau eine Tagung abhielten. Er nahm Gelegenheit, diesen Beamten in leitenden Stellungen zu erklären, was es für ein Bewandnis mit seinen energischen Bemühungen habe, das Pflichtbewußtsein der Beamtenschaft — zu wecken.

Der Ton der Rede ist zuweilen derb, aber der Geist, in dem sie gehalten ist, ist väterlich. General Skladkowski meint es gut mit den Beamten, den „Soldaten der Friedenszeit“, wie er sich ausdrückt. Er fordert von ihnen aber auch Fleiß und Hingabe. Ein „Problem der Bürokratie“, mit dem so viele Geister ringen, scheint es für ihn nicht zu geben. Die bemerkenswerte Rede hatte u. a. folgenden Inhalt:

„Eine Reihe von Dingen, die ich mit der Verwaltung und mit den Beamten „beginne“, können als eine Art von Sadismus erscheinen. Als der Sejm nach den Wahlen im Jahre 1928 mir aufzwingen wollte, ich sollte ihm wenigstens einen Starosten zum Fraß hinwerfen, weil dieser Starost das überschritten hätte, was ich bei den Wahlen zu tun anbefohlen hatte, da habe ich keinen einzigen Polyzisten, keinen einzigen Starosten hergegeben. Wenn auch mancher von diesen Beamten das von mir Anbefohlene überschritten hat, so war ich es doch, der diese Richtlinien gegeben hatte, und dafür war ich verantwortlich.“

„Ich bin ein überzeugter Anhänger dessen, worüber wir Beamte mit einander streiten mögen; ich kann aber Ihre Einstellung ändern, wobei Ihnen eine Reihe von Dingen seltsam vorkommen mag: Da rast z. B. der Ministerpräsident um 8 Uhr morgens umher, um zu sehen, ob die Beamten in Węgrów sich im Amte eingefunden haben — „das ist ja ein Berrückter!“ — werden Sie sagen.“

„Sie werden sich, meine Herren, über eine Reihe von Dingen wundern, aber ich bin überzeugt, daß Sie bei meinem Abgange zugeben werden, daß ich eine Reihe von wesentlichen Dingen durchzuführen wollte, trotzdem ich Ihnen manchmal zugelegt habe. Ich werde niemals zu denen zählen, die sagen: „Mein Gott, was könnte ich nicht alles machen, wenn ich eine bessere Verwaltung hätte!“ „Ich bin es schließlich, der eine gute Verwaltung zu schaffen hatte, ich bin für sie verantwortlich. Wenn die Verwaltung schlecht ist, so bedeutet dies, daß ich schlecht bin.“

„Ich werde zu Ihnen um 8 Uhr kommen, ich werde Ihnen zusehen. Eine Reihe von Beamten sagt: „Das ist eine Herabwürdigung des Beamtenstandes.“ — Ohne Zweifel ist ein Beamter, der sein Amt nicht so versteht, wie es sich gehört, in einer unangenehmen Lage, doch glauben Sie mir, meine Herren, daß ich nicht die Beamten bekämpfe, sondern nur deren Unarten. Wenn jemand sagt, daß er Chef ist und es daher nicht angeht, daß er vor 10 Uhr im Amt erscheint, — in einer Reihe von Staaten hatte es solche Gewohnheiten gegeben und bei uns herrschen sie heute noch — so bekämpfe ich diese schlimmen Sitten, nicht aber die Beamten.“

„Ich bin überzeugt, daß die Stellung des Beamten in Polen nicht genügend geschätzt wird. Ich bin überzeugt, daß der Beamte — Soldat in Friedenszeiten ist. Gleichviel, ob er für den Staat 20 Millionen oder 20 Tausend zu gewinnen vermag — er wird gleichermaßen bezahlt, er arbeitet nicht für Prozente. Seine Arbeit gibt, wenn sie ergiebig ist, sicher dem Staate mehr, als er empfängt. Wenn er aber schlecht arbeitet, ist er ein Schmarotzer, den man hinauswerfen muß. Daher appelliere ich an Sie, meine Herren, als Kollege, und das ist die wichtigste Sache. Ich möchte, daß Sie diese Erkenntnis von dem heutigen Zusammentreffen davontragen.“

solange wir die Verwaltung nicht emporbringen, solange wir nicht den Typ eines Beamten schaffen werden, von dem die Bürger mit Achtung sprechen, — solange werden wir nicht imstande sein, unsere Aufgaben zu bewältigen.“

„Heute ist die Situation derart vereinfacht, daß die erste beste Null, die für Polen nichts geleistet hat, bloß durch das Aussprechen des Wortes „Bureaucrat“ — den redlichsten und tüchtigsten Beamten herabzusehen glaubt.“

„Meinen Sie, meine Herren, daß es mir Spaß macht, wenn ich jemanden von Ihnen nicht im Amte antreffe oder irgend eine andere Sache tadeln muß? Gott gebe, daß ich Sie im Bureau antreffe und daß wir uns kollegial verständigen, und daß wir in gegenwärtiger Richtung diese halbe Stunde verbringen und einander sagen können: Wir bauen Polen auf! Dann wird es gut sein. Ich werde an einem Stoff, der ganz ist, nicht nach einem Loch suchen.“

„Das ist meine Vorstellung vor Ihnen, als Kollegen, damit Sie einen Begriff davon haben, in welchem Verhältnis ich zu den Beamten stehe. Ich will unterstreichen, daß ich keineswegs glaube, daß man den Beamten mit der Peitsche antreiben soll. Was käme dabei heraus, wenn er von 8 Uhr im Bureau sitzen und bis 9 Uhr vor sich her sagen würde: „Skladkowski ist ein Idiot, ich sitze am Schreibtisch von 8 Uhr an und mache nichts.“ Es handelt sich darum, daß er sich sagt: „Wer werden arbeiten, weil man den Staat aufbauen muß.“ Ich will mich an die beste Seite wenden, die Sie, meine Herren, eben des-

wegen besitzen, weil sie Beamte sind, weil Sie Ihre Arbeit dem Staat geopfert haben, unabhängig von der Entlohnung.“

„Ich appelliere an Ihren kollegialen Geist, nicht in dem Augenblick, in dem ich zu Ihnen mit der Bitte kommen werde, mir das Ruhegehalt auszusahlen, sondern heute, wo ich mit Ihnen arbeiten will. Ich bitte Sie daher, die Dinge, die ich mache, so anzunehmen, wie Sie wollen, doch niemals zu denken, daß ich Ihnen Unannehmlichkeiten bereiten, daß ich den Beamten demütigen will. Es handelt sich darum, daß der Beamte nicht nur ehrlich sei — wir suggerieren uns zu sehr diese Ehrlichkeit — und glauben, wenn einer ehrlich ist, so ist das schon alles; für mich aber ist das wenig — er muß aktiv sein, Initiative haben, er muß zu arbeiten verstehen. Jeder von Ihnen hat viele ehrliche Idioten gekannt, und doch haben Sie sie um einer solchen Ehrlichkeit willen nicht geachtet.“

„Jetzt werde ich zu Ihrem Fach, meine Herren, übergehen. Ich wollte Sie um eine Sache bitten, die mir in Ihrer Arbeit am meisten aufgefallen ist, nämlich: die oft vorkommende Ungleichmäßigkeit in der Eintreibung der Steuern der einzelnen Bevölkerungsschichten. Wenn ich z. B. in einen Bezirk komme, und sehe, daß der mittlere Grundbesitz 85 Prozent der bemessenen Steuern bezahlt hat und ich mich dann in den benachbarten Bezirk begeben und erfahre, daß dort der mittlere Grundbesitz nur 10 Prozent bezahlt hat, so steck darin etwas. Das bedeutet nämlich, daß es keinen einheitlichen gerechten Druck gibt. Denken Sie nicht, ich fordere von Ihnen die Vernichtung des mittleren Grundbesitzes. Das sind Arbeitsstätten in Polen, —

ich will nur, daß es keine Bevorrechtung gebe!

„Ich sage Ihnen an, daß ich das größte Gewicht dem beilegen werde, welches Verhältnis ich bei der Einziehung der Steuern von den einzelnen Bevölkerungsschichten vorfinden werde. Ich werde das prüfen, weil mir das den besten Begriff davon gibt, wie die Beamten im betreffenden Orte beschaffen sind. Das wird der objektivste Maßstab ihrer Arbeit sein.“

„Das ist alles, was ich sagen wollte. Und wenn ich zu Ihnen, meine Herren, kommen werde, dann bitte ich, es mir nicht übel zu nehmen, wenn ich auf diese Dinge meine Aufmerksamkeit richten werde.“

„Ich bitte, mich so zu empfangen, daß es ersicht- lich wird: Sie sehen mich als Ihren Kollegen an.“

Nachspiel zu einer Bauernrevolte

im Kreise Konin.

Die polnische Oppositionspresse beschäftigt sich in letzter Zeit in besonders breitem Rahmen mit den vereinzelten Unruhen, die besonders aus bäuerlichen Distrikten zu vermelden waren. So wurden die blutigen Streikunruhen in der Wojewodschaft Kemberg, bei welchen es bekanntlich sogar Tote gab, in allen ihren Einzelheiten geschildert, wie dies ebenso bei den verschiedenartigen Prozessen geschieht, die eine politische Grundlage haben.

Eine Bauernrevolte der letzten Zeit hat jetzt ihren Ausklang vor einem polnischen Gericht gefunden, und zwar handelt es sich um die Unruhen in Wyszyn im Kreise Konin, die jetzt ihr Nachspiel vor dem Bezirksgericht in Kalisz erlebt haben. Im Februar d. J. veröffentlichte die polnische Telegraphen-Agentur die eigenartig klingende Meldung, daß „ein bekannter Agitator der rechtsgerichteten Parteilagerungen, der ehemalige Richter Sieliski im Kreise Konin Selbstmord verübt habe“. Diese Meldung wurde bald darauf berichtigt, und zwar dahingehend, daß Sieliski bei entstandenen Unruhen von der Polizei erschossen worden sei. Nach der Beilegung dieser Unruhen wurden mehrere hundert Bauern verhaftet. Ein Teil von ihnen hat jetzt auf der Anklagebank in Kalisz Platz genommen.

Der Verlauf des Prozesses ergab, daß es in Wyszyn im Kreise Konin im Februar zu lebhaften Unruhen gekommen war, und daß dabei die Bauern Angriffe auf die Polizei unternahmen, wobei mehrere Polizisten durch Steinwürfe schwer verletzt wurden. Aus der Menge sind Schiffe gefallen; außerdem ist die Menge mit Knüppeln und Heugabeln bewaffnet auf die Polizei losgegangen.

Nach Wyszyn hatte sich der Starost von Konin Raczkowski mit einem verstärkten Polizeiaufgebot begeben. Die Ausgänge der Ortschaft wurden besetzt, und das Anwesen des ehemaligen Richters Sieliski, der nach Aussagen der Zeugen einen großen Einfluß auf die Bevölkerung des Kreises ausübte, wurde vollständig umzingelt. Die Polizei forderte die Bewohner des Anwesens, die sich verbarrikadiert hatten, auf, das Haus zu öffnen. Als dieser Aufforderung keine Folge geleistet wurde, zertrümmerte die Polizei die Türen und drang in das Gehöft ein. Aus dem Hause sollen auf die Polizei Schüsse abgegeben worden sein. Die Polizei warf Tränengas-Bomben. Der bei Sieliski anwesende Marian Kwiatkowski ergab sich, Sieliski dagegen leistete mit der Waffe in der Hand weiteren Widerstand. Daraufhin kam es zu einem Angelwechsell, in dessen Verlauf Sieliski den Tod fand.

Am Nachmittag des gleichen Tages soll eine Gruppe von 150 Bauern erneut einen Sturm auf die zerstreut im Orte befindlichen Polizeigruppierungen unternommen haben. Es kam wieder zu heftigen Zusammenstößen, bei welchen ein Toter und ein Verletzter zurückblieben.

Bei den Angeklagten handelt es sich in erster Linie um landwirtschaftliche Arbeiter im Alter von 18 bis 25 Jahren. Der Prozeß nahm einen ziemlich dramatischen Verlauf, besonders bei dem Verhör des Starosten von Konin.

Der am Leben gebliebene Anführer der Bauern von Wyszyn Kwiatkowski wurde nach fünfjähriger Prozeßdauer zu 3½ Jahren Gefängnis verurteilt; die übrigen Angeklagten erhielten Gefängnisstrafen von 6 bis 14 Monaten. Insgesamt wurden 50 Angeklagte verurteilt.

